

Homburger Neueste Nachrichten

Anzeiger für Bad Homburg v. d. H. und Umgebung

Bezugspreis: Monatsabonnement R. 1.75 einschließlich
Erzgerlohn. Erscheint täglich werktags.

Samstags-Post—Homburger Lokalblatt

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene 43 mm breite Nonpareil-
zeile kostet 15 Bfg., auswärts 20 Bfg., im Heftabonnement
22 mm breit 60 Bfg. — Die Einzelnummer 10 Bfg.
Postfachkonto: Frankfurt am Main 39864.

Telefon 2707

Geschäftsstelle und Redaktion: Bad Homburg v. d. H., Luisenstraße 28

Nr. 283

Mittwoch, den 3. Dezember 1930.

5. Jahrgang.

Vor der Schlacht.

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Scharfe Auseinandersetzungen
wegen der Deutschenverfolgung in Polen. — Um die neue Notver-
ordnung. — Die Haltung der Parteien.

X Berlin, 2. Dezember.

Das Plenum des Reichstags wird bekanntlich am
Mittwoch nachmittag wieder zusammentreten. Am
Dienstag war der Auswärtige Ausschuss unter
Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) versammelt, um sich
mit der Unterdrückung der Deutschen in Polen und den von
der Reichsregierung hiergegen zu unternehmenden Schritten zu
beschäftigen.

Reichsaussenminister Dr. Curtius gab einen Überblick über
die Dinge, und es entwickelte sich eine lebhafte Aussprache.
Die übliche Vertraulichkeit der Beratungen des Auswärtigen
Ausschusses wurde diesmal besonders streng gehandhabt. Wie
lautet, ist es zu scharfen Auseinandersetzungen im Ausschuss
kommen. Die Haltung Deutschlands gegenüber Polen im
Interesse der deutschen Minderheit hatte der Reichsaussenminister
vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei ver-
trägt und dabei auch begründet, weshalb er nicht auf der Ein-
führung einer Sonderabfertigung des Bollerbundes zur Be-
hebung des deutschen Protestes bestanden habe. Er hatte noch
angekündigt, sein Streben gehe nun dahin, zu erreichen, daß
polnische Ausschüsse, die in den Reichsaussenministerien gänzlich aufgelöst
sind, damit die deutsche Minderheit in Polen endlich einmal
erhalte.

Haushaltsausschuss des Reichstags.

Im Haushaltsausschuss des Reichstags wurde am
Dienstag über die zur Juli-Notverordnung vorliegenden An-
träge abgehandelt.

Die Anträge auf völlige Aufhebung der Juli-Notverord-
nung wurden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der
Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten
abgelehnt. Weiter wurde eine nationalsozialistische Ent-
scheidung angenommen, worin die Reichsregierung
nachgefragt wird, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, durch welches
die Gemeindegemeinschaften außer Kraft gesetzt wird.

Weitere sozialdemokratische Entschlüsse, welche ange-
nommen wurden, betreffen die Arbeitslosenversicherung, die
Krankenversicherung und das Reichsversorgungsgesetz. Im
wesentlichen sind diese Forderungen in der neuen Notverord-
nung berücksichtigt worden. — Damit waren die Abstimmungen
beendet, und der Ausschuss vertagte sich.

Politische Vorgehensweise.

Nachdem das Kabinett Brüning nun auch die Notverordnung
über sein Finanz- und Sanierungsprogramm durch den Reichs-
präsidenten hat unterzeichnen lassen, ist die Geschäftslage für den
sitzenden Verhandlungsausschuss des Reichstags gegeben.
Die parlamentarischen Vorgehensweisen setzen am
Dienstag bereits außerordentlich lebhaft ein. Mit
besonderem Interesse wurde das Wiedererscheinen des Reichs-
aussenministers Dr. Brüning beobachtet, dessen Gesundheitszustand
verbessert ist, daß er im Reichstagsgebäude bereits beim Reichs-
präsidenten Brüning in dessen Amtszimmer in der Vorhalle des
Reichstags sich einfanden konnte.

Die Besprechungen darüber, ob im Interesse der Vermeidung
politischer Schwierigkeiten in der Zusammenfassung des Kabinetts
Herr Dr. Brüning auf eine Ablehnung seines Demissionsgesuches
eingehen werde, sind zur Zeit noch im Gange. Weiter hatten sich
im Reichstag die Staats- und Finanzreferenten der hinter der
Regierung stehenden Fraktionen eingefunden, um letzte Be-
sprechungen mit den Regierungsbeamten über die neue Not-
verordnung zu führen.

Man rechnet in politischen Kreisen sicher damit, daß bei
dieser Notverordnung die Regierung Brüning
erfolgreich insofern sein wird, daß für die geschlossene Ab-
stimmung keine Mehrheit im Reichstag findet. Die Reichstags-
fraktionen selbst, soweit sie nicht bereits vorher sich verständigt
hätten, haben ihre letzten Sitzungen vor der bedeutsamen Plenar-
sitzung angelehnt.

Was das Reichstagsplenum anlangt, so wird man nicht
schließen in der Vermutung, daß es nach vollzogener erster
Lesung des Reichshaushalts für 1931 und der neuen Not-
verordnung sich in die Weihnachtsferien begibt. Das Plenum
in spätestens einer Woche der Fall sein. Das Schwerkraft der
öffentlichen Finanzsanierung verschiebt sich nunmehr wieder auf
die Länder, die in ihren Parlamenten die Durchführungsbestim-
mungen zu der neuen Notverordnung durchzuführen haben. Der
Preussische Landtag kommt am 15. Dezember zusammen. Bisher
war nur die erste Lesung des Preussengesetzes für 1931 in Aus-
sicht genommen.

Ultimatum an den Reichstag.

Der Reichskanzler wird am Donnerstag im Reichstag
zum Etat und zur neuen Notverordnung eine große Erklärung
abgeben, in der er namens der Reichsregierung verlangen wird,
daß die Notverordnung am Samstag dieser Woche ver-
abschiedet wird.

Er wird zur Begründung darauf hinweisen, daß der Zu-
stand unserer Wirtschaft die schnelle Verabschiedung verlangt,
wenn nicht ernste Gefahren entstehen sollen. Auch eine Ver-
schiebung der neuen Verordnung im Haushaltsausschuss kommt nicht
in Frage. Der Reichstag hat diesmal nur zu entscheiden, ob er
die Notverordnung aufheben will oder nicht. Da man außer-
dem damit rechnen muß, daß ein Mißtrauensvotum eingeht,
wird der Reichstag auch noch hierüber bis Samstag abstimmen,
so daß die politische Situation am Ende dieser Woche vollkom-
men geklärt sein wird. Die Voraussetzungen dafür dürften in
den Besprechungen des Kanzlers mit den Parteien geschaffen
worden sein. Es ist wahrscheinlich, daß der Reichstag auch die
nächste Woche zusammenbleibt, um laufende kleinere Vorlagen
zu behandeln. Mitte Dezember würde dann die Vertagung bis
vielleicht Ende Januar erfolgen.

Dietrich spricht

Die erste Beratung des Etats für 1931 wird im Reichstag
von Reichsfinanzminister Dietrich durch eine Rede eingeleitet
werden. Der Reichskanzler wird voraussichtlich erst am Donner-
stag das Wort ergreifen.

Die polnischen Gewaltakte.

Eine Entschließung des Auswärtigen Reichstagsausschusses.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages nahm zu den
Vorgängen bei den Wahlen in Polen eine Entschließung an:

„Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregie-
rung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel benützt, um
zu erreichen, daß Polen gezwungen wird, von dem polnischen
Abstand zu nehmen und der deutschen Minderheit den
Anspruch derjenigen Rechte zu gewährleisten, die ihr nach den
Verträgen zustehen. Er erwartet ferner, daß die schuldigen pol-
nischen Beamten bestraft werden, den geschädigten Minderheits-
angehörigen eine angemessene Entschädigung für erlittene Unbill
erschaffen und vor allem die Wiederholung solcher empörender
Vorgänge für die Zukunft unmöglich gemacht wird.“ Angenom-
men wurde auch eine nationalsozialistische Entschließung, worin
die Reichsregierung ersucht wird, die Ratifikation des deut-
schen Liquidationsabkommens nicht zu
vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluß
des Handelsvertrages oder sonstige Abkommen unverzüglich
abzubrechen.

Der Ausschuss stimmte dann einer Entschließung der Land-
volkspartei zu, worin die Reichsregierung ersucht wird, so lange

die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen
zu suspendieren, bis dem Deutschen Reich von Polen
in allen zurzeit bestehenden Differenzen die Genugtuung ge-
worden ist.

Schließlich nahm der Ausschuss eine nationalsozialistische
Entscheidung an, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf
Grund der vom Vertreter der deutschen Republik selbst fest-
gestellten Verletzung der Mehrheit der Teilnehmer des Vor-
bereitenden Abrüstungsausschusses, ihren Ab-
rüstungsverpflichtungen nachzukommen, die deutsche Ver-
tretung aus Genf sofort zurückzuberufen und
nur einen Beobachter dort zu belassen. Dieser Antrag wurde
mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten,
Christlich-Sozialen, Deutschnationalen und Landvolkspartei gegen
12 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der
Deutschen und der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Aus dem Reichsrat.

Berlin, 3. Dez. Der Reichsrat stimmt der Verleihung der
Rechtsfähigkeit den Deutschen und Oesterreichischen Alpen-

verein in Innsbruck zu. Daraus beschloß sich der Reichsrat
mit einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die
Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken. Nach
längerer Aussprache und nach Ablehnung verschiedener Abände-
rungsanträge stellte Staatssekretär Zweigert fest, daß die
Verordnung in der Fassung der Regierungsvorlage angenom-
men ist.

Gegen die Notverordnung.

Berlin, 3. Dez. Die Deutschnationale Volkspartei und die
Nationalsozialisten haben im Reichstag Anträge auf Aufhebung
der Notverordnung vom 1. Dezember eingebracht. Die National-
sozialisten stellten weiter einen Antrag auf Erteilung des Ver-
trauens des Reichstags an die Regierung Brüning. Von den
Deutschnationalen ist ein Antrag im Reichstag eingebracht,
wonach die Reichsregierung unverzüglich den Tributmächten
mitteilen soll, daß Deutschland die Revision des Versailler Ver-
trages und der auf ihm beruhenden Tributlasten verlangt. Un-
verzüglich ist durch amtliche Noten allen Mächten zu eröffnen,
daß das deutsche Volk das im Versailler Vertrag ihm abge-
prechte Bekenntnis zur Schuld am Weltkriege förmlich widerruft.

Vorstandssitzung der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 3. Dez. Die Vorstandssitzung der Deutschnationalen
Volkspartei wurde am Dienstag mittag nach Referaten Dr.
Hugenburgs und Dr. Oberjohrens über die politische Lage be-
endet. Der Vorstand war sich mit den Führern einig in der
Fortsetzung des bisherigen Politiks.

Hauptauschuss des Preussischen Landtags.

Berlin, 3. Dez. Im Hauptauschuss des Preussischen Land-
tags wurde am Dienstag die Anträge zur Errichtung neuer
pädagogischer Akademien beraten. Kultusminister Grimmer
führte aus, daß auf evangelischer Seite ein Jahresbedarf an
Lehrern von rund 22 000 besteht. Im Jahre 1931 wurden noch
2760 evangelische Schulanwärter vorhanden sein. Die Aka-
demien hätten bisher 484 Bewerber entlassen. Wenn man noch
ihre Ergebnisse für die nächsten Jahre hinzurechnet, würden 1934
und 1935 je über 1000 evangelische Lehrer fehlen. Bei diesen
Zahlen seien die drei von der Regierung vorgeschlagenen neuen
Akademien bereits eingerechnet. Die Neugründung von evangeli-
schen Akademien sei notwendig, wenn nicht auf evangelischer
Seite ein erheblicher Lehrermangel entstehen sollte. Auf katholi-
scher Seite liege zwar ziffernmäßig ein beträchtliches Bedürfnis
nicht vor; man müsse aber zu vermeiden suchen, daß auf katholi-
scher Seite die praktisch-pädagogische Arbeit durch das Bestehen
von zu wenigen Akademien in Rückstand komme. Aus diesen
Gründen habe die Regierung für 1931 die Mittel für drei päd-
agogische Akademien in den Etat aufgenommen. Angenommen
wurde mit großer Mehrheit der Antrag der Deutschen Volks-
partei, von der Errichtung neuer pädagogischer Akademien bis
auf weiteres Abstand zu nehmen.

Das Urteil im Spritschmuggelprozeß.

Berlin, 3. Dez. In dem großen Spritschmuggelprozeß wurde
das Urteil verkündet. Von den 16 Angeklagten wurden 13 ver-
urteilt und drei freigesprochen. Wegen bandenmäßigen Wap-
bruchs in Lateinamerika mit Monopolsteuerverhinderung erhielt
der Ingenieur Bauer ein Jahr zwei Monate Gefängnis und
Geld- und Werterfahrsstrafen von insgesamt 525 000 Reichsmark,
Kommerzienrat Karl Lindemann wegen desselben Vergehens
unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erkannten Strafe wegen
Betruges durch Kurstreiberei eine Gesamtstrafe von zwei Jahren
neun Monaten Gefängnis sowie Geld- und Werterfahrsstrafen
von 275 000 Reichsmark, Otto Bindemann eine Gesamtstrafe
von einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Geld- und
Werterfahrsstrafen von 310 000 Reichsmark, der Angeklagte Köhler
sieben Monate Gefängnis und 300 000 Reichsmark Geld- und
Werterfahrsstrafen, doch für die Gefängnisstrafe Bewährungs-
freist. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis neun Monaten
Gefängnis, zum Teil ebenfalls mit Bewährungsfreist, und zu
Geld- und Werterfahrsstrafen bis zu 60 000 Reichsmark ver-
urteilt. Die Brüder Karl und Otto Bindemann erhielten außer-
dem je drei Jahre Ehrverlust zuerkannt. Der beschlagnahmte
Sprit wurde für verfallen erklärt.

Eine Botschaft Hoovers an den Kongress

Washington, 3. Dez. Die Botschaft Hoovers an den Kon-
gress anlässlich der am 1. Dezember begonnenen Tagung enthält
wenig über außenpolitische Fragen, außer der Feststellung guter
Beziehungen zu allen Ländern und des Ausdrucks der Befriedi-
gung über den Abschluß des Londoner Flottenpactes. Die Bot-
schaft kündigt an, daß eine Reihe Schieds- und Ausgleichsver-
träge sowie das Protokoll über den Beitritt zum Weltgerichtshof
dem Senat zur Billigung vorgelegt werden würde. Hoover
äußert sich dann ausführlich über die Ursachen der wirtschaft-
lichen Depression, unter der Amerika ebenso leide wie andere
Nationen. Er sieht die Ursachen der Depression in der Spekula-
tion, in der Überproduktion von Rohstoffen in aller Welt, in
den Unruhen in Asien und Südamerika sowie den politischen
Störungen in gewissen europäischen Ländern, ferner in Ruß-
lands Methode, seine steigende Ausfuhr von landwirtschaftlichen
Erzeugnissen auf den europäischen Märkten zu verkaufen, und
schließlich in der großen Dürre, die die Vereinigten Staaten
im Sommer heimgesucht habe.

Hotelbesitzer und Gastwirte gegen die Schankverzehrssteuer.

Berlin, 3. Dez. Zur Wintertagung des Reichsverbandes der Deutschen Hotels, Restaurants und verwandten Betriebe traten heute etwa 100 Vertreter des Gewerbes aus allen Teilen Deutschlands in Berlin zusammen. Der Syndikus des Verbandes, Dr. Knapmann, machte der Regierung den Vorwurf, sie habe die Schankverzehrssteuer eingeführt unter dem Druck des Reichsfinanzministers Dietrich und seines preussischen Kollegen Dr. Höpfer-Mosch als eine untragbare, undurchführbare, unmoralische und unsogiale Sondersteuer, die nichts weiter sei als eine erhöhte Umsatzsteuer von unbeschränktem Ausmaß. Rechtsanwalt Hampe, der frühere volkonservative Abgeordnete, betonte, daß auch sein Parteifreund Trebitz wie Herr Schiele und die übrigen Ratsmitglieder sich der Forderung Dietrichs gefügt haben. Die Getränkesteuer wirke besonders ungerecht dadurch, daß sie den Konsum im Hause, also auch bei den Gastereien der Minister und der reichen Leute steuerfrei lasse, während der Geistesarbeiter im Kaffee für seinen Tee und die Arbeiterfrau für ihre Brause Steuern zahlen müßten.

Streik in der hannoverschen Metallindustrie.

Hannover, 3. Dez. In der hannoverschen Metallindustrie ist infolge von Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt worden. Es feiern 7000 Arbeiter. Der Tarifvertrag war bereits zum 31. Oktober von den Arbeitgebern gekündigt worden. Da man sich aber über einen Verhandlungstermin nicht einigen konnte, ließ der Arbeitgeberverband in einem Anschlag bekanntmachen, daß mit sofortiger Wirkung die Arbeitslöhne auf die seitliche Tarifbasis (Grundlohn plus 15 Prozent) zurückzuführen seien. Die Arbeitnehmer erblickten in dieser Maßnahme eine Kündigung und verlangten die Zurücknahme des Anschlags. Da dieser Forderung nicht entsprochen wurde, weigerten sie sich, die Arbeit weiterzuführen.

Raubüberfall auf einen Steuergeldtransport.

Budapest, 3. Dez. Auf der Chaussee zwischen Kúbel und Csull wurde ein amtlicher Transport von Steuergeldern im Betrage von 400 000 Lei, der nach Kischineu bestimmt war, von bewaffneten Banditen überfallen. Der Kutscher, der sich zur Wehr setzte, wurde niedergeschossen und die gesamte Geldsumme geraubt. Die Täter sind entkommen.

Die neue Notverordnung.

Die Würfel sind gefallen: das große Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist auf Grund des Notstandsparagraphen der Reichsverfassung durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen“ vom 1. Dezember 1930 in Kraft gesetzt worden.

Die neue Notverordnung ist sehr umfangreich, sie umfaßt 87 Druckseiten. Der erste Teil enthält die Bestimmungen über die Abänderung der alten Notverordnung vom 26. Juli 1930. Hier wird die Erhebung der Gemeindegeldsteuer auf das Rechnungsjahr 1931 (1. April 1931 bis 31. März 1932) beschränkt. Ferner werden die Arbeitslosen und die Sozialrentner aus der Gemeindebürgersteuer herausgenommen. Die Gemeindebürgersteuer selbst wird anders gesteuert: für Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 4500 Mark beträgt sie mindestens 6 Mark jährlich, bis 6000 Mark 9 Mark, bis 8000 Mark mindestens 12 Mark. Die Höchstgrenze ist 2000 Mark bei einem Einkommen über 500 000 Mark. In der Krankenversicherung fällt die Krankengeldgebühr und die Arzneigeldgebühr, die jeweils 50 Pfennig beträgt, fort für alle Erwerbslosen, Invalidenrentner und Unfallrentner, ferner für Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten, soweit sie ihre Bedürftigkeit nachweisen.

Der zweite Teil der Notverordnung bringt sodann die Bestimmungen über das eigentliche neue Finanzprogramm der Reichsregierung. Zunächst wird bestimmt, daß die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden für 1932 und 1933 in der Gesamtsumme der Ausgaben nicht höher sein dürfen als für das Rechnungsjahr 1931. Sodann wird eine Kürzung der Gehälter um 6 Prozent vom 1. Februar 1931 verordnet und zwar für die Reichsbeamten und Soldaten der Wehrmacht, für die Parte- und Ruhegehaltsempfänger des Reichs und die Hinterbliebenen. Jahresbeträge unter 1500 Reichsmark bleiben von der Kürzung befreit. Für den Reichspräsidenten, den Reichszentralrat und die Reichsminister ist eine 20proz. Kürzung der Gehälter festgelegt. Die Länder und Gemeinden kürzen die Bezüge ihrer Beamten entsprechend, die Reichsbank und die Reichsbahn sowie die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind dazu ermächtigt. Die Geistlichen und Lehrer gelten als Beamte. Die Reichshilfe der Beamten wird nach Durchführung der Gehaltskürzungen nicht mehr erhoben. Die Vorschriften über die Gehaltskürzungen treten ab 31. Januar 1934 außer Kraft.

Im Kapitel III der Notverordnung werden die neuen Bestimmungen für die Tabaksteuer angegeben, das nächste Kapitel bringt die Vorschrift, daß die bisherigen Zuschläge zur Einkommensteuer für die Einkommen über 800 Mark, ferner die Ledigensteuer und die Einkommensteuer für Aufführer auch im Rechnungsjahr 1931/32 erhoben werden. Weitere Kapitel regeln die Steuervereinfachung und die Steuervereinfachung im Sinne der Veröffentlichung der Reichsregierung vom 30. September. Bemerkenswert ist bei diesen und den folgenden steuerlichen Verordnungen, daß die Vermögenssteuer erst bei Vermögen über 20 000 Reichsmark erhoben wird und daß Unternehmungen, deren Gesamtumsatz 5000 Reichsmark jährlich nicht überschreitet, von der Umsatzsteuer ausgenommen sind. Ein besonderes Kapitel ermächtigt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die bereits angekündigte Steueramnestie zu erlassen.

Sodann wird in zwei Kapiteln die Senkung von Real- und Verkehrssteuern behandelt. Die Grund- und Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden wird ab 1. April 1931 gesenkt und zwar die Grundsteuer um 10 und die Gewerbesteuer um 20 Prozent. Der fünfte Teil der Notverordnung bringt den vorläufigen Finanzausgleich für die Jahre 1930/31, d. h. die Bestimmungen über die Verteilung der Steuereinkommen zwischen dem Reich und den Ländern. Der sechste Teil betrifft die Reichsbank. Der Anteil des Reichs am Reingewinn der Reichsbank wird erhöht.

Im siebenten Teil der Notverordnung wird die Wohnungswirtschaft in der bereits bekannten Weise geregelt. Dieser Teil gliedert sich in die Förderung und Verbilligung des Kleinwohnungsbaues, die Übernahme von Bürgschaften zu seinen Gunsten und die Feststellung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmungen. Teil acht der Verordnung enthält Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft. Kapitel eins sieht Vorschriften für die Beimischung von Roggen vor. Das Gewicht des frischen Brotes, das auf dem Brot angegeben ist, muß mindestens 500 Gramm betragen, die Zahl muß durch 250 teilbar sein. Sodann werden einige Zollmaßnahmen zum Schutze der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion getroffen. Im neuesten und letzten Teil werden Vereinfachungen und Erparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege vorgesehen. U. a. wird die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte über vermögensrechtliche Ansprüche auf 800 Mark erhöht. Die Gebühren für Rechtsanwälte in Armensachen werden herabgesetzt.

Das ist der hauptsächlichste Inhalt der neuen Notverordnung. Die Verordnung muß nach der Reichsverfassung dem Reichstag vorgelegt werden. Verlangt dieser ihre Aufhebung, so muß entsprochen werden. Die Verhandlungen des Reichszentralrats in den letzten Tagen mit den Parteiführern pflögen, hatten den Zweck, eine Mehrheit gegen die Aufhebung der Notverordnung zustande zu bringen. Der Reichszentralrat hat erklärt, daß er noch im Laufe dieser Woche die Abstimmung über den seitens der Oppositionsparteien zu erwartenden Antrag auf Aufhebung der Notverordnung verlangt. Wir werden also sehr bald klar sehen, ob die Verordnungen bestehen bleiben oder nicht. Da die Sozialdemokraten allem Anscheine nach gegen die Aufhebung stimmen werden, hofft die Reichsregierung, daß es bei ihrem Programm bleibt.

Die deutsch-französische Verständigung.

Was der Chef der deutschen Heeresleitung davon denkt.

Das „Echo de Paris“ gibt einen Auszug aus einer Rede wieder, die der Chef der deutschen Heeresleitung General v. Hammerstein-Equord bei einem Essen anlässlich des Abschiedens des bisherigen französischen Militärattachés in Berlin General Tournes am 10. November gehalten hat. General v. Hammerstein hat bei dieser Gelegenheit dem Blatt zufolge ausgesprochen, man sei überzeugt, daß die Führer und Offiziere des französischen Heeres über die Bestrebungen und über die nationalen Notwendigkeiten des deutschen Heeres Bescheid wüßten. Die Berufsoffiziere vergäßen und verschmähten den nationalen Haß, der sich aus dem Kriege ergeben habe, wenn sie wüßten, daß die beiden Gegner nur gewissenhaft ihrer Pflicht als Bürger und Soldaten nachgekommen seien. Die Anerkennung dieser Lage sei der Ausgangspunkt eines gegenseitigen Verständnisses und einer Verständigung, die er, Hammerstein, auf der Grundlage der Gleichheit der Verpflichtungen und der Rechte wünsche.

Dieser Verständigung, aus der sich eine sichere Freundschaft entwickeln könnte, widersetzte sich das deutsche Heer keineswegs. Aber diese Freundschaft habe zur Voraussetzung, daß vor allem der Grundsatz der Gleichheit der Rechte anerkannt werde. Niemals werde ein Unterdrückter eine loyale Freundschaft mit einem Unterdrückten befehlen. Ohne Loyalität gebe es keine wahre Kameradschaft. In jedem Falle wolle er auf die Gesundheit des Generals Tournes und auf das Wohl des französischen Heeres trinken.

Verzögerung der Abrüstungskonferenz.

Vor dem Schluß der Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses.

Auf den bevorstehenden Abschluß der Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf ist es wohl zurückzuführen, daß man in Völkerverbindungen neuerdings die Einberufung der Abrüstungskonferenz etwas mehr erwidert. Für die Benennung des Termins und des Ortes der Konferenz ist nicht der Abrüstungsausschuss, sondern der Völkerverbund zuständig, der sich in seiner Januartagung mit dieser Frage zu befassen haben wird. Ueber den Termin hört man die verschiedensten Meinungen. Gegen den November 1931, den die deutsche Regierung vorschlägt, werden schon jetzt Bedenken „praktischer Art“ geltend gemacht. Die Mehrheit der im Abrüstungsausschuss vertretenen Regierungen scheint einen späteren Termin, und zwar Februar oder März 1932, zu wünschen.

Was den Ort angeht, so ist das Gerücht zu verzeichnen, es werde der Plan erwogen, Wien in engere Wahl zu nehmen. Was an dem Gerücht wahr ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Eine Abhaltung der Konferenz in Genf begegnet jedenfalls großen technischen Schwierigkeiten, da man mit einer außerordentlich großen Zahl von Konferenzbesuchern rechnet und Genf nicht die erforderlichen Anrichtungen besitzt.

Kolonie und Mutterland.

Kanada und England.

In der englischen Unterhausdebatte vom 25. November hatte der Staatssekretär für die Dominions Thomas aus Anlaß des konservativen Mißtrauensantrages die Gründe auseinander gesetzt, aus denen die britische Regierung auf der Reichskonferenz den kanadischen Vorschlag einer Reichsvorzugsbehandlung ablehnte. Thomas hatte bei dieser Gelegenheit diesen Vorschlag einen Humbug genannt.

Darauf hat jetzt in einem Interview an die Press Association der kanadische Premierminister Bennett eine Antwort gegeben, die maßvoll in der Form, aber sehr scharf in ihrem Inhalte ist.

Der kanadische Premierminister sagte, die Haltung der britischen Regierung und die Ausdrucksweise des Staatssekretärs habe die kanadische Regierung tief verletzt. Wenn diese Ablehnung meines Vorschlages eine Anknüpfung der Haltung der britischen Regierung auf der binnen zwölf Monaten in Ottawa abzuhaltenden Konferenz ist, dann besteht wenig Hoffnung, daß eine Vereinbarung, die dort etwas zwischen Kanada und den anderen Dominions erzielt wird, auch das Vereinigte Königreich einschließen wird. Die Kanadier werden dann eben genötigt sein, andere Mittel anzuwenden, um ihre wirtschaftliche Stellung in der Welt zu stärken.

Tardieus Stellung

Durchaus nicht glänzend.

Die gleichen Bedenken, denen bereits das Petit Journal Ausdruck gegeben hat, daß nämlich die Stellung Tardieus durchaus nicht so glänzend, wie die von Tardieu vor der Abgeordnetenversammlung machen wollte, liegt auch die genepresse. Die Beratungen, die Tardieu bis spät in die Nacht hinein mit den verschiedenen Ministern geführt hat, werden als charakteristisch für die Lage bezeichnet. Zwar will der „Petit“ behaupten können, daß es sich weniger um den Unterhändler „Chou“ der Kammer bei diesen Unterredungen gehandelt habe, sich mit der Affäre Dufreix beschäftigt, als vielmehr um die wichtigsten Fragen. Das Blatt schreibt, daß am kommenden Montag im Senat Ministerpräsident Tardieu sowohl auf die Interpellation des Senators Ferry als wahrscheinlich auch auf deren Interpellationen antworten werde, denn Tardieu geht nicht zu denen, die dem Kampfe ausweichen. — In den Debatten der Kammer und des Senats ging es außerordentlich lebhaft zu. Das „Journal“ gibt die Gerüchte wieder, im Umlauf waren. Danach sollte der Handelsminister Flanbin die Absicht haben, zurückzutreten, so wurde erzählt, daß auch der Minister für öffentliche Arbeiten Vernet seinen Posten verlassen wollte. Schließlich wurde auch der Vermutung Ausdruck verliehen, daß neue Justizminister Chéron auf Grund einer Meinungsverschiedenheit mit dem Arbeitsminister Laval seinen Posten verlassen werde.

Ministerpräsident Tardieu hat Mitgliedern der Presse gegenüber die in der Kammer verbreiteten Gerüchte, wonach wegen des Ministerrates die Angelegenheit Dufreix erörtert und Demission von Regierungsmitgliedern beschlossen worden soll, kategorisch dementiert und als Phantasien bezeichnet.

Politische Tageschau

Das neue österreichische Kabinett. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die Verhandlungen heutigen Tages bereits zu einer prinzipiellen Einigung geführt. Der Heimatblock dürfte in dem neuen Kabinett nicht vertreten sein. Die Mitgliederliste soll lauten: Bundeskanzler Dr. Engel, Vizekanzler und Innenminister Schober, Handel, Finanz, Landwirtschaft, Gerechtigkeit, Ackerbau, Thaler, Heeresminister Baug, Finanzminister Winkler. Das Justizministerium wird voraussichtlich einem Großdeutschen zufallen. Für das Außenministerium wird Seipel genannt und für das Ministerium für soziale Verwaltung der christlich-sozialer Nationalrat Dregel.

Die Frage der Abrüstung. J. A. Spender, der kannte englische Politiker, beschäftigt sich mit einer Erklärung des Reichswehrministers Groener über die Abrüstungsfrage. Er schreibt im „News Chronicle“: Die Erklärung Groeners ist ernst genommen worden. Sie bringt das zum Ausdruck, was nahezu alle Deutschen empfinden, daß nämlich Deutschland, wenn die anderen Nationen nicht abrüsten, sich mit seiner eigenen Abrüstung auf die Dauer nicht abfinden kann, da ein Zeichen der Ungleichheit wäre. Was wird dann werden? Keine sofortige Krise wird kommen, aber ein allmählicher, schmerzhafter Zusammenbruch Deutschlands mit Italien und vielleicht Rußland und allen kleineren Nationen, die mit den Friedensverträgen unzufrieden sind. Auf diese Weise werden wir zurückkehren zum alten System der beiden Bündnisse, zu einem Rüstungswettrennen und zu dem bereits bekannten Ergebnis.

Eröffnung des Bundeskongresses. Der amerikanische Bundeskongress trat zu einer kurzen formalen Eröffnungssitzung zusammen und vertagte sich dann. Wahrscheinlich wird in der nächsten Sitzung die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover verlesen werden. Der bisherige Arbeitsminister Davis, der im Amt als Bundes Senator antreten sollte, erschien nicht zu der Sitzung, da der Senatsausschuss, der mit der Untersuchung der Ausgaben für den Wahlkampf betraut ist, ihn gestern plötzlich ersucht hatte, den Sitzungen bis zur Erledigung der Untersuchung über die Höhe der von ihm für seine Wahl aufgegebenen Beträge fernzubleiben. Vor dem Capitol versammelten mehrere hundert Kommunisten eine Kundgebung. Demonstranten trugen Banner und Plakate mit Aufschriften wie: Nieder mit der Lynchjustiz! Nieder mit Hoover, der mit Frankreich und England gegen die Sowjetunion verbündet ist! Die Polizei trieb die Menge mit dem Gummiknüppel und mit Verwendung von Tränengasbomben auseinander. Sechs Personen wurden festgenommen.

In seiner Berliner Wohnung verstarb im 73. Lebensjahr der Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann. Eine Herzlähmung war Folge einer Grippe, die ihn seit zwei Wochen an das Bett gefesselt führte seinen plötzlichen Tod herbei.

Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion entband den stellvertretenden Vorsitzenden des Volkskommissariats der Sowjetunion, Schmidt, auf seine persönliche Bitte von seinen Amtspflichten.

In Wirtschaften nur Roggenbrot.

Berlin, 3. Dez. Der neueingeführte § 6a des Brotgesetzes bestimmt, daß in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften Brot zum Genuß an Ort und Stelle nur angeboten, feilgeboten oder verkauft werden darf, wenn es einer der Vorschriften des § 1 entspricht, der von der Verwendung von Wahlerzeugnissen des Roggens zur Brotherstellung handelt. Wie hierzu mitgeteilt wird, ist diese Bestimmung dahingehend auszulegen, daß in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften künftig überhaupt nur Roggenbrot zur Abgabe kommen darf, und zwar auch nur solches, das den Bestimmungen des § 1 entspricht.

Keine deutschen Militärinstruktoren in Rußland.

Berlin, 3. Dez. Eine Meldung der „Morning Post“, die behauptet hatte, daß deutsche Offiziere unter der Führung des Generals Galm in der Sowjetunion als Militärinstruktoren tätig sind, ist, wie wir aus Kreisen des Reichswehrministeriums erfahren, völlig aus der Luft gegriffen. General Galm hat zwar vor einigen Monaten zu Studienzwecken in Rußland gewirkt, aber er ist weder Militärattaché in Moskau, noch hat er irgendwelche Lehraufträge gehabt. Wenn die „Morning Post“ übrigens behauptet, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrag keine Militärattachés unterhalten dürfe, so ist aus dies unzutreffend. Deutschland ist die Unterhaltung von Militärattachés nicht verboten. Wenn Deutschland seine auswärtigen Vertretungen keine Militärattachés beibringt, so schiebt dies auf freier Entscheidung.

Aus Bad Homburg u. Umg.

Aur.-A.-G. und Frankfurt-Main. Der Hauptauschuß der Frankfurter Stadtverordneten-Versammlung verabschiedete die Magistratsvorlage betreffend Sanierung der Aur.-A.-G. Bad Homburg. Er lehnte die Magistratsvorlage betreffend Gewährung eines jährlichen Zuschusses von jährlich 12500 Mark an die Aur.-A.-G. ab. Dagegen stimmte er einem Antrag zu, nach dem dieser Zuschuß gewährt werden soll unter der Bedingung, daß der Zuschuß der Stadt Frankfurt erst an letzter Stelle in Anspruch genommen werden solle, wenn die anderweitig zugesicherten Zuschüsse von Staat, Stadt Homburg, Bezirksverband und Lokalbahn-A.-G. voll in Anspruch genommen worden sind.

Sellerer Abend im Kurhaus. Fräulein Selma Mangel und Herr Schirmer, beide Mitglieder des Hannover Ensembles, und uns Homburger so von besserer Bekanntheit, gaben gestern im Kurhaus in Gemeinshaft mit der Kapelle Burkhardt einen hellen Abend. Die Künstler bereiteten ihrem zahlreichen Auditorium einen Abend, überreich an Unterhaltungsspielen. Herr Schirmer fesselte das Ohr der Zuhörer in Kurzgeschichten, kleinen Humoresken, bei deren Vortrag er sich auch als Beherrscher des Dialekts erwies. S. Mangel sang mit lieblicher Stimme; wieder entzündend ihr Auftreten als Schwester des Chinesenfürsten aus „Land des Lächelns“. Kapelle Burkhardt trug ihr Bestes zum Gelingen bei.

Das Zuhörerkonzert im Kurhaus-Konzertsaal heute abend beginnt 20.15 Uhr. Ausführende Gaspar Cassado und Glusella von Mendelssohn-Gordigiani. Durch Errichtung der Kurhausbar ist das Konzertsaalmer weggefallen. Als Ersatz hierfür soll der blaue Saal benutzt werden. Die erforderliche Umdenkung der Sitzanordnung ist durchgeführt.

Die Weihnachts-Ausstellung im Kurhaus wird am Freitag, dem 5. d. Mts., bis 1/2 10 Uhr abends eröffnet sein, um auch denjenigen Gelegenheit zu geben, sie zu besichtigen, die tagsüber besäftigt sind. Der Eintrittspreis ist der gleiche wie während der ganzen Woche, nämlich 25 Pfg.

Elisabethenverein E. B. Um Herrn Pfarrer Hippoldt von seiner französischen Gefangenschaft erzählen zu hören, hatten sich am Montagabend so viele Zuhörer, Männer, Frauen und Jugendliche eingefunden, daß der größte Saal der Erlöserkirche bis auf den letzten Platz gefüllt war und noch viele stehen mußten. Das Leben in der drangvollen Enge Monate und Jahre hindurch mit seinen Qualen und Entbehrungen wühlte Herr Pf. Hippoldt packend zu schildern. Zuletzt wurde Herr Pf. Hippoldt mit der Seelsorge betraut. Wenn hätten noch die Zuhörer das Ende gehört, aber wegen der vorgekritischen Zeit mußte der Vortragende abbrechen, um in der nächsten Versammlung, am 5. Januar 1931, fortzuführen. — Dann führte Herr Dekan Holzhausen schöne Lichtbilder aus dem gefangenen Wirken des Menschenkundes A. S. Grandie vor, der das Waisenhaus zu Halle aus kleinsten Anfängen zu seiner heutigen Bedeutung brachte durch sein Großvertrauen. Der Abend hat dem Vereine viele neue Freunde zugeführt.

Erwerbslosenkundgebung. Im überfüllten Saal des „Schützenhof“ konnte am gestrigen Nachmittage die von der oppositionellen Stadtverordnetenfraktion einberufene Erwerbslosenkundgebung stattfinden. Stadtrat Bill eröffnete mit kurzen Begrüßungsworten die Versammlung und erteilte sogleich dem Redner, Herrn Riedel, Führer der „Opposition“ im Stadtparlament, das Wort zu seinem Thema „Der Hungerwinter 1930/31“. Sein Referat war größtenteils auf Exkursionen in die große Politik zugeschnitten; aus dem Munde des trainierten Kommunalpolitikers Riedel klangslagsvoll zu hören, war für viele etwas Neues. Er befaßte sich zunächst mit der ersten Bräunling'schen Notverordnung, die schließlich zu den Wahlen des 14. September führte, kam auf die Situation nach diesen Depressionswahlen zu sprechen, um schließlich der jetzigen Notverordnung noch einige Worte zu widmen. Redner machte seinen Hörern die Verschlechterung des Wohlfahrtsindex im Reichetal 1930 bis 1931 klar und befaßte sich sodann mit den Anträgen der einzelnen Parteien, insbesondere Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, zur Vinderung der Not der Erwerbslosen. Das letzte Drittel seines Vortrags widmete Herr Riedel der örtlichen Politik. Er gab hier nochmals Aufschluß über das Verhalten der Oppositionellen in der letzten Sitzung des Plenums. Unsere Leser sind ja hierüber durch die Stadtverordnetenberichte bestens orientiert. In der Diskussion sprachen u. a. Herr Bruchmann (Nat.-Soz.) und Frau Raspini (Soz.), letztere verteidigte insbesondere die Einführung eines neunten Schuljahres.

Homburger Erfolg beim Nationalen Tanzturnier in Frankfurt a. M. Am Samstag dem 29. November 1930 fand im Frankfurter Hof in Frankfurt a. M. ein Nationales Tanzturnier des Reichsverbandes zur Pflege des Gesellschaftstanzes statt. Die Leitung des Turnieres lag in den bewährten Händen des Herrn A. P. Hartmann-Emmerßen, Bad Nauheim. Nach einer Begrüßung in welcher Herr Hartmann-Emmerßen außer der Presse die Leitung der Kapelle Schilling und alle Gäste willkommen hieß, begann sofort die Tanzkonkurrenz. Als Siegerpaare gingen hervor:

Gäste-Klasse, 1. Preis, Herr Heintzelmann—Frä. Trübel, 2. Preis, Herr Jacoby—Frä. Enchold. B- und C-Klasse, 1. Preis, Herr Paul—Frä. Eulich, Rot-Weiß-Club, Bad Nauheim, 2. Preis, Herr und Frau Bauer, Blau-Weiß-Club, Bad Homburg, 3. Preis, Herr Kober—Frä. Schupp. W-Klasse, 1. Preis, Herr Bonath—Frä. Gallinger, Schwarz-Weiß-Club, Karlsruhe, 2. Preis, Herr Dr. Bachmann—Frä. Bachmann, Völkchenclub, Düsseldorf, 3. Preis, Herr Villers—Frä. Bürkner, Rot-Weiß-Club, Bad Nauheim. Sonderklasse, 1. Preis, Herr Fernand—Frä. John, 2. Preis, Herr Wertheimer—Frau Fischer, Schwarz-Weiß-Club, Berlin, 3. Preis, Herr Kober—Frä. Trillau, Schwarz-Weiß-Club, Karlsruhe. — Was uns als Homburger besonders interessieren darf, ist, daß das einzige Paar unseres hiesigen Clubs mit einem Preis hervorgegangen ist. Der Abend verlief unter guter Stimmung. — i.

Die Gemeindebeamtenchaft zum Besoldungs-Sperrgesetz. Von einem Homburger Teilnehmer am Gemeindebeamtenlag in Berlin wird uns geschrieben: Am Sonntagvormittag fand im Zirkus Busch in Berlin ein vom Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands veranstalteter Gemeindebeamtenlag statt, der nur bei außergewöhnlichen Umständen zusammentritt. Es handelte sich darum, einmütigen Protest zu erheben gegen den Besoldungswurf der Reichsregierung zur Einschränkung des Personalaufwands in der öffentlichen Verwaltung. Neben Vertretern der Behörden, des Städtebundes und der Parlamente füllten laufende Delegierte den riesigen Raum bis auf den letzten Platz. In bewegten, oft stürmisch unterbrochenen Ausführungen nahmen der Vorsitzende Gulschmidt, Bundesdirektor Ehrmann-Berlin und Syndikus Staegmeyer-München scharf Stellung zum vorliegenden Besoldungswurf, insbesondere zu der beabsichtigten, eines modernen Staatswesens unwürdigen Sperrung des Rechtsweges für die Kommunalbeamtenchaft. Scharfe Worte fand man auch gegen die dem Besoldungswurf beigesetzte Begründung in Beispielen, die wie die durch die ganze deutsche Presse gegangene Behauptung von der Besoldung eines kleinen Gemeindevorstehers gleich der eines Oberregierungsrates unwahr, lüdenhaft entstellend oder als Vergleichsbeispiel ungeeignet seien. Syndikus Staegmeyer führte u. a. unter lebhafter Zustimmung der Versammelten zur geplanten 6prozentigen Gehaltskürzung aus, daß die Verlegung auf den 1. Februar nur deshalb geschehen sei, um den Kreisen, die am stärksten nach einem Gehaltsabbau schreien, das Weihnachtsgeld nicht zu verherben. Die Beamtenchaft werde die Konsequenzen zu ziehen verstehen. Zum Schluß betonte der Vorsitzende des deutschen Beamtenbundes Gulschmidt, daß die gesamte deutsche Beamtenchaft solidarisch fest sei in der Unterstützung der kommunalen Kollegen in ihrem Verteidigungskampf. In einer Entschließung wird von der Reichsregierung die Zurückziehung des Besoldungswurfs und vom Reichstag die Ablehnung verlangt. S.

„An den langen Winterabenden die Zeitung lesen! Der bringt wieder die langen Abende und damit auch für die landwirtschaftlichen Kreise mehr als bisher die Möglichkeit, das Heimatblatt zu lesen. Gerade in den jetzigen Zeitaläuten nehmen die Vorkommnisse in der Welt, in Reich und Staat, in der Stadt und in der Gemeinde das regste Interesse für sich in Anspruch. Die Zeitung aber ist das lebendige Spiegelbild der Zeit und in ihr findet man alles, was man wissen muß, um den Kampf ums Dasein, um Heim und Familie mit Erfolg bestehen zu können. Man vergesse auch in den Wintermonaten nicht das Abonnement des alteingesessenen Heimatblattes, das schon die Väter gelesen haben. Für den Landwirt enthält die Zeitung immer die notwendigen Hinweise auf die Preisnotierungen, die amtlichen Bekanntmachungen, Termine, Versteigerungen und sonstiges, auf das der Landmann sein besonderes Augenmerk richten muß. Der würde am verkehrten Ende sparen, der das Geld für seine Zeitung nicht mehr ausgibt, weil er glaubt, auch ohne sie auskommen zu können.“

„Gegen Mißbrauch im Sammelwesen. In letzter Zeit ist mehrfach festgestellt worden, daß öffentliche Sammlungen, vor allem Hausausstellungen von Personen vorgenommen werden, die nicht dazu berechtigt sind. Niemand darf ohne behördliche Erlaubnis sammeln. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß jeder Sammler im Besitz einer behördlich ausgestellten Legitimation oder einer entsprechend kennzeichnenden Sammelbüchse sein muß. Hausausstellungen dürfen in der Regel nur mit Listen vorgenommen werden, die einen Stempel des zuständigen Amtes tragen. Zur Bekämpfung des Mißbrauchs im Sammelwesen, durch den die behördlich zugelassenen Sammlungen schwer geschädigt werden, wird jeder, von dem eine Gabe verlangt wird, dringend ersucht, die Legitimation des Sammlers jeweils nachzuprüfen und Fälle von Mißbrauch der Polizeibehörde umgehend zur Kenntnis zu bringen.“

Köppern.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Köppern, veranstaltete am Samstag, dem 29. November, einen Werbeabend unter Mitwirkung der Ortsgruppen Bad Homburg und Oberursel und der Sprechchor-Abteilung des Aullurkarleßs Bad Homburg. Bei gut besetztem Saale zeigten „Die Naturfreunde“ durch ein sehr schönes, reichhaltiges Programm die vielfältige Tätigkeit ihrer Bewegung. Voller Genugtuung, und von den Darbietungen der Mitwirkenden noch eingenommen, verließen die Gäste in vorgerückter Stunde den Saal. — m.

Aus Nah und Fern.

Todesfahrt gegen einen unbeleuchteten Möbelwagen. „Frankfurt a. M. Abends fuhr der Reichsbahn-Diplom-Ingenieur Otto Ploffen in der Miquelstraße mit seinem Kraftwagen gegen einen dort haltenden unbeleuchteten Möbelwagen. Ploffen trug erhebliche Verletzungen davon und mußte in das Krankenhaus gebracht werden, wo er im Laufe des Tages seinen schweren Verletzungen erliegen ist.“

Raubüberfall auf eine Krankenschwester. „Sanau. Abends gegen 8 Uhr wurde hier auf eine in Fachsenheim wohnhafte Krankenschwester ein dreifacher Raubüberfall verübt. Die Krankenschwester war, nachdem sie hier wohnhafte Bekannte besucht hatte, mit ihrem Fahrrad auf der Heimfahrt nach Fachsenheim begriffen. Als sie durch die Frankfurter Landstraße fuhr, passierte sie kurz vor der Stadtgrenze einen aus Richtung Frankfurt kommenden Radfahrer, dessen Rad beleuchtet war. Kurze Zeit darauf nahm sie wahr, daß ein Radfahrer mit unbeleuchtetem Rade hinter ihr hergefahren kam. Im Begriff, sich nach diesem umzusehen, erhielt sie von ihm auch schon einen Schlag auf den Kopf. Die Krankenschwester sprang sofort von ihrem Rade und versuchte fortzulaufen, wurde aber von dem ebenfalls von seinem Rade abgestiegenen Radfahrer verfolgt, eingeholt und weiter mißhandelt. Dabei entriß der Täter der Schwester ein Einlaufsneß, entnahm diesem die darin aufbewahrte Handtasche und ergriff dann auf seinem Fahrrad schleunigst die Flucht durch den Wald, wo er in der Dunkelheit entkam. Die überfallene Krankenschwester, die außer anderen Verletzungen eine tiefe Wunde am Hinterkopf davongetragen hatte, mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Der geraubte Geldebetrag beträgt etwa 10 Mark.“

„Frankfurt a. M. (Der Geldraub im Büro des G.D.N.) Für die Wiederherbeischaffung des im Büro des Gewerkschaftsbundes der Angestellten gestohlenen Geldes hat die geschädigte Firma eine Belohnung von 10 Prozent ausgesetzt. Nach den bisherigen Ermittlungen kommen als Täter bzw. Teilnehmer drei Personen in Frage, nach denen eifrig gefahndet wird. Es haben bereits mehrere Gegenüberstellungen stattgefunden, die jedoch noch nicht zu einem Erfolg geführt haben.“

„Frankfurt a. M. (Nächtliche Schlägereien.) In der Nacht gegen 2 Uhr wurde in der Radiostraße ein Student von einer bis jetzt unbekannten Person mit einem harten Gegenstand am Kopf schwer verletzt, so daß er durch die Rettungswache nach seiner Wohnung verbracht werden mußte. Kurz nach diesem Vorfall entstand in der gleichen Straße zwischen mehreren Personen eine Schlägerei, bei der drei Personen Verletzungen durch Messerstiche davontrugen.“

„Frankfurt a. M. (Der Schwerverletzte bei dem Autounfall bei Jfenburg.) Von den 10 bei dem Unfall einer kommunistischen Marschkolonnen als verletzt in das Krankenhaus gekommenen Personen konnten noch sechs nach Anlegung von Verbänden wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden. Vier Personen haben schwere Verletzungen erlitten und befinden sich noch in Krankenhausbehandlung, doch hat sich ihr Befinden so gebessert, daß keine Komplikationen zu befürchten sind. Das Auto, das in die Kolonne hineinfuhr, stammt aus der Pfalz und hatte die Kennzeichen nicht abgestellt.“

„Sanau. (Ein aufregender Augenblick.) Ede Gaim- und Marienstraße wurden die Straßenpassanten in große Aufregung versetzt. Vor Plakatträgern scheuten plötzlich zwei in der Marienstraße abgestiegen vor einem Wagen stehende Pferde und setzten mit dem Gefährt über das Brücken geländer des Stadtgrabens. Die Pferde kamen im Wasser unter das Gefährt zu liegen, das erst von einem Lastauto herausgezogen werden mußte, ehe die Feuerwehr an die Vergung der Tiere gehen konnte. Die Tiere kamen mit leichten Verletzungen davon.“

Die Pensionsansprüche des Kapitäns Ehrhardt Leipzig, 3. Dez. In dem Prozeß um die Pensionsansprüche des am Kapp-Putsch führend beteiligten Kapitäns Ehrhardt gegen das Deutsche Reich hat das Reichsgericht seine Entscheidung verkündet. Das Urteil des Kammergerichts vom 24. September 1929, durch das Ehrhardt die volle Pension zugesprochen worden war, ist aufgehoben, und die Sache wird zu neuer Verhandlung und Entscheidung an das Kammergericht zurückverwiesen.

Handelsteil.

Frankfurter Börsenbericht. Frankfurt a. M., 2. Dezember.

Tendenzen: widerstandsfähig. Im heutigen Vormittagsverkehr zeigten sich zunächst noch infolge der unklaren innerpolitischen Lage die schon an der gestrigen Abendbörse vorgenommenen Reaktionen fort, so daß das Kursniveau etwa 1—2 Prozent niedriger lag. Zu Beginn des offiziellen Verkehrs betrachtete man die Situation doch wieder etwas ruhiger, da die Notverordnung evtl. doch eine parlamentarische Annahme finden werde. Auch der feste gestrige New Yorker Börsenschluß und die weitere Zunahme der Spareinlagen im Reich wurden eher als günstige Symptome gewertet. Da auch die Banken zu den ersten Kursen einige kleine Käufe vornahmen, schritt auch die Rallye verschiedentlich zu neuen Deckungen. Das Geschäft war jedoch allgemein nicht umfangreich. Die ersten Notierungen lagen zwar nicht ganz einheitlich, waren aber im wesentlichen ziemlich gut behauptet. Die Stimmung war nicht unfreundlich, und eine gewisse Widerstandskraft unverkennbar.

Am Anleihemarkt herrschte Geschäftstillheit. Die Kurse waren nur wenig verändert. Von Auslandsrenten neigten Ungar. Goldrente weiter nach unten.

Im Verkauf wurde das Geschäft sehr still, und die Kurse bröckelten wieder etwas ab.

Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 5 1/2 Prozent unverändert.

Frankfurter Devisen. Amtliche Frankfurter Notierungen vom 2. Dez. 1930.

London	20.335	Paris	16.456
Amsterdam	168.620	Schweden	81.170
Stockholm	112.420	Spanien	47.200
New York	4.1907	Prag	12.419
Brüssel	58.420	Wien	58.950
Italien	21.947	Budapest	73.220

Die Notierungen verstehen sich in Goldmark für eine Einheit. Tendenz: **uneinheitlich**

Weihnachten 1930

im Zeichen des Preisabbaus

In unseren Filialen ist gegenüber dem Vorjahre eine ganz bedeutende Preissenkung eingetreten. Benutzen auch Sie das billige S&F-Angebot für Ihre Weihnachtseinkäufe

Für Nikolaus:

Lebkuchen-Nikolaus 3 Stück	25 an
Lebkuchen 1/4 Pfd. 40	30
Nürnberger Mischung 1/4 Pfd. 17	
Kosmoskronen 1/4 Pfd. 25	
Geschäftsbeutel m. Süßigkeiten St.	95
Spielauto mit Uhrwerk	55

Zum Backen:

Blütenmehl fein	Pfd. 25
Auszugsmehl feinstes	Pfd. 30
Sultaninen Pfd. 1.—	40
Haselnußkerne	Pfd. 1.20
Mandeln	Pfd. 1.80, 1.40
Haushalt-Margarine	Pfd. 48
Spara-Margarine	Pfd. 80

Eier-Bruch

Waccaroni Pfd. **52**

Geraspelte

Kokosnuß Pfd. **40**

Schnittbohnen 1/4 Dose — 50

Karotten gekochn. 1/4 Dose — 40

Neue getrocknete

Pflaumen 3 Pfd. **1.—**

Große schwere Gledeler 10 St. **1.38**

Siedeler 1a 10 St. **1.18**

Gemüse-Erbisen 1/4 Dose — 60

Junge Erbsen 1/4 Dose — 68

S & F - Kaffee Im Dezember erhalten Sie für jedes Pfd. in unf. Originalpkg.

— eine schöne Konfektdose gratis —

Bei jedem 1/4 Pfd. Paket geben wir Ihnen einen Gutschein. Für 4 Gutscheine erhalten Sie die Dose

Schade & Füllgrabe

Bad Homburg

5% Rückvergütung

Weihnachten in Bethel!

Als das Christkind in Bethlechem geboren wurde, standen an seiner Krippe lauter arme Leute. Je ärmer sie aber waren, desto heller leuchtete ihnen die Liebe Gottes, die in der Sendung des Kindes offenbar geworden ist.

Einen Strahl des ewigen Weihnachtslichtes aus der himmlischen Welt hoffen wir Bethelleute auch in diesem Jahr sehen zu dürfen. Die Zeit ist schwer, die Not ist groß. Das spüren wir in unserer Arbeit täglich mehr. Die Zahl derer, die aus Armut und Krankheit, aus Arbeitslosigkeit und Hunger bei uns anknöpfen, nimmt unablässig zu. Alle unsere Dächer sind überfüllt; in den Zufluchtsstätten der Heimatlosen wird bald das letzte Quartier belegt sein. So haben wir fast 6000 große und kleine Weihnachtsgäste zu versorgen.

Auch unsere Freunde stehen fast alle heute unter hartem Druck. Trotzdem wagen wir die Bitte: Macht Euch selbst und uns die Freude, daß ihr denen helft, die noch ärmer sind als Ihr! Laßt Eure Gaben, und wären sie noch so klein, von jenem himmlischen Lichtes sein, das in Bethlechem erschienen ist. Unser „Weihnachtshaus“ nimmt alles dankbar an: Kleidungsstücke, Mäntel, Strümpfe, Schuhe, vor allem für Männer, sind besonders willkommen; nicht minder Lebensmittel jeder Art, Spielsachen für Kinder, Bücher, Bilder, Gesellschaftsspiele für Erwachsene. Sehr wertvoll ist uns auch Strickwolle. Die Arbeit des Verteilens auf die vielen verschiedenen Anstaltshäuser wird uns sehr erleichtert, wenn uns die Gaben so früh wie irgend möglich zugehen. Will man uns aber lieber das Einkaufsüberlassen, freuen wir uns auch über jedes Geldgeschenk (Postcheckkonto: Hannover 1904, B. F. v. Bodelschwingh, Bethel bei Bielefeld).

Allen Freunden von Bethel wünscht in einer Zeit der Armut und Not ein doppelt geeignetes Weihnachtsfest

F. v. Bodelschwingh, B.

Bethel bei Bielefeld, Weihnachten 1930

Für Kinder- und Wochenbettspflege

Gummi-Unterlagen, Windelhofen
Seife, Windeln, Bade- u. Fieberthermometer, Gauger, Milchflaschen u. s. w.
Babywagen (auch z. verleih.)



Sanitätshaus C. Ott G.m.b.H.

Gut möbliertes, leicht beizubares

Zimmer

Mitte Stadt
billig zu vermieten.
Angebote unter 3. 30 an die Geschäftsst. d. 3.

1 1/2 schlaftrages, sauberes

Bett

billig zu verkaufen.
Feldbergstr. 14, pat.

Zum Flechten von Rohrstützen sowie Anfertigen und Reparaturen von Körben und Korbmöbeln aller Art empfiehlt sich

Karl Arnold

Korbmacher, Brendelstr. 49
Sachen werden abgeholt, Postkarte genügt.

Anodenbatterien

Stets	frisch	am Lager:
60 Volt	4.80 Mk.	
90 Volt	7.20 Mk.	
100 Volt	8.00 Mk.	
120 Volt	9.60 Mk.	
150 Volt	12.00 Mk.	

Otto Krag

Elektro u. Radiotechn. Ges.
Bad Homburg, Völkstr. 90.
Telefon 2104.

Alteisen u. Metalle

läuft

Carl Idstein,

Promenade 14, Telefon 2910

Nur **RM. 4.—** kosten **20** der zur Zeit beliebtesten
Tanz-, Lied- und Tonfilm-Schlager
für Klavier mit vollständigen Texten!
Ungekürzte Original Ausgaben!

Enthalten in dem neu erschienenen Schlager-Album

Zum 5 Uhr-Tee

Inhaltsverzeichnis: Band **15**

1. Eine Freundin so goldig wie du, Tango . . . Will Meisel
2. Erika, brauchst du nicht einen Freund? . . . Will Meisel
3. Liebeswalzer, Lied u. Waltz aus der gleichnamigen Tonfilm-Operette . . . Werner R. Heymann
4. Veronika, der Lenz ist da! Foxtrot . . . Walter Jurmann
5. Herr Ober — zwei Mokka, Lied u. Foxtrot . . . Jim Cowler
6. Leb' wohl, Matrose, Lied und Tango aus dem Tonfilm „Der Mongole und die Tänzerin“ . . . Erwin Reich
7. In deinen Augen, da wohnt die Liebe, Tango Dol Dauber
8. Armes Mannequin, Tango . . . Willy Rosen
9. Zwei Tränen, Lied u. Tango . . . E. Rubens u. Franz Grothe
10. Reich' mir dein weißes Händchen, Lied und Tango a. d. Tonfilm „Der unsterbliche Lump“ . . . Ralph Benatzky
11. Spiel mir ein Lied auf der Geige, Lied und Slow-Fox . . . W. Jurmann
12. Mein Liebster muß Trompeter sein, Lied und Mersch . . . Hans May
13. Manuela, Lied und Tango . . . Stephan Weiss
14. Ich hab' für Sie 'ne heimliche Schwäche . . . Willy Rosen
15. Dein erster Brief, Slow-Fox a. d. Tonfilm „Der letzte Brief“ . . . Rudolf Nelson
16. Süße Mamsell, denkst du noch an das kleine Hotel? Lied u. Tango . . . Fritz Rotter u. Dr. B. Kaper
17. Ich hab' an Dich geglaubt, Lied u. Engl. Waltz . . . Krauss-Elka
18. Mein Mund beläst jede hübsche Frau ins Bein, Foxtrot . . . Krauss-Elka u. K. Schwabach
19. Mein Sebastian (San Sebastian) Song Foxtrot . . . Morris Levy u. Harry Revel
20. Dir schenk' ich mein Herz, Spanish Onestep a. d. Operette „Der Dritte im Bunde“ . . . Frank Stafford

Vornehme Ausstattung! Künstlerischer Mehrfarbentitel!

Beachten Sie: Bei Einzelkauf würden alle 20 Schlager ca. **RM. 40.—** kosten!

Zu beziehen durch jede Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung oder durch den **VERLAG ANTON J. BENJAMIN, A.-G., LEIPZIG C 1, Tüscheweg 20**

Bekanntmachung

Beitr. Biersteuer.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 29. November 1930 betr. die Erhebung der erhöhten Biersteuer nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juli 1930:

Für die Gemeindebiersteuer gilt die von dem Minister des Innern und dem Finanzminister festgestellte Muf-lersteuerordnung, als örtliche Steuerordnung mit der Maßgabe, daß § 2 folgenden Wortlaut erhält:

Die Steuer beträgt bei	
Einschbier	RM. 2,50
Schankbier	3,75
Vollbier	5.—
Starkbier	7,50

für je einen Hektoliter.

Die Steuerordnung ist im Rathaus — Toreinfahrt — und im Bezirksvorsteherbureau — Stadtbezirk Altdorf — zur öffentlichen Kenntnisnahme ausgehängt.

Bad Homburg, den 2. Dezember 1930.

Der Magistrat.

Reks- und

Lebkuchenbruch

täglich frisch

Arrabin's

Zwiebackfabrik,

Elisabethenstr. 37.

Schallplatten

auf Teilzahlung!

Neueste elektr. Aufnahmen
Liefere ich an Private
gegen 6 Monatsraten.
Verlangen Sie Katalog gratis
J. OSTERN
Wiesbaden, Emserstraße 24

Hypotheken

zu 6% Zins, vergibt unsere
Kreditgesellschaft.
Räuber u. Dankschreiben b.
Hypothekensache A. G., Leip-
zig C 1, Dufourstr. 4.

Druckfachen

aller Art



liefern prompt
und sauber



die

Homburger

Neueste Nachrichten

Suchen Sie Geld?

dann wenden Sie sich persön-
lich zu. Kostenl. Auskunft an:
Stern, Frankfurt a. M.
Mainluststr. 16 II

Telef. Senkenberg 32572.

Dauerbrandöfen

Öfen irisch und amerikan. System

Kohlen- u. Gasherde

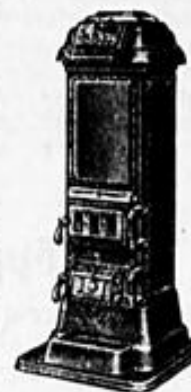
Kohlenkasten — Ofenschirme

Kupferkessel von Mt. 21 an

Ofenröste, Herdschiffe,

Ofenrohr.

Große Auswahl — billige Preise!



Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

Martin Reinach, Eisenhandlung

Tel. 2932

Völkstr. 18

Verantw. für den redaktionellen Teil: S. Herz, Bad Homburg.
für den Anzeigen-Teil: Jakob Klüber, Oberurzel.

Druck und Verlag: Otto Wagenbreth, Bad Homburg



„Do X“ in Spanien.
Deutsche Flugschiff „Do X“ über dem Hafen von Santander.

Sport-Nachrichten.

Fußball.

Die Kreisliga im Rheinbezirk:

Hauptide: Victoria Erlbach—FVg. Seligenstadt 2:1, Damm—Victoria Rahl 1:2, USC. Schwanheim—Niedersachsen 2:1, FC. Hildbach—Frankonia Weichenhard 2:0, SC. Hildbach—SV. Stadthaus 3:3. — **Nordmainkreis:** 1. FC. Frankfurt—SV. 05 Bad Homburg 0:2, Germania Eintracht gegen 12 Edenheim 0:2, VfV. Friedberg—Germania 94 Frankfurt—VfV. 04 Frankfurt—Viktoria Altdorf 0:1, FC. 24 Frankfurt—VfV. Sachsenhausen 5:1, SV. Hedderheim—FC. 10 Frankfurt—VfV. 7:1. — **Mittelmainkreis:** Kwa. Wachenbuchen gegen 12 Edenheim 0:2, VfV. Friedberg—Germania 94 Frankfurt—VfV. 04 Frankfurt—Viktoria Altdorf 0:1, FC. 24 Frankfurt—VfV. Sachsenhausen 5:1, SV. Hedderheim—FC. 10 Frankfurt—VfV. 7:1. — **Westmainkreis:** 1. FC. 02 Adelsheim gegen 12 Edenheim 0:2, VfV. Friedberg—Germania 94 Frankfurt—VfV. 04 Frankfurt—Viktoria Altdorf 0:1, FC. 24 Frankfurt—VfV. Sachsenhausen 5:1, SV. Hedderheim—FC. 10 Frankfurt—VfV. 7:1. — **Südmainkreis:** Germania Oberroden—Niedersachsen 2:0, SC. Hildbach—SV. Stadthaus 3:3. — **Oberrhein:** Germania Oberroden—Niedersachsen 2:0, SC. Hildbach—SV. Stadthaus 3:3.

Fußball-Tagung in Münster.

Wichtige Beschlüsse.

Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Fußball-Bundes hat am Sonntag in Münster eine Arbeitstagung ab, die sich in erster Linie mit dem Profistatus befaßte. Das schon in der am 7. November in Berlin abgehaltene Sitzung in seinen Grundzügen aufgeschriebene Statut wurde in der Gesamtvorstandssitzung am 13. und 14. Dezember in Hannover zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Sitzung befaßte sich ferner mit den durch die Entschl. verschiedener Finanzämter im Reich aktuell gewordenen Fragen. Man kam überein, daß ein Appell für die Notwendigkeit des Sports, insbesondere Fußball, an das Innenministerium und an die Reichsregierung, um eine tatsächliche Befreiung der Fußballspieler von der Wehrdienstpflicht zu unterbreiten. Das Ziel des Bundes ist nach wie vor die Förderung des Amateursports. Eine Erhöhung der Preise festgelegten Spesen für die Teilnehmer wurde abgelehnt. Es wurde nochmals betont, daß es sich um Höchsthöhe handelt, die nicht überschritten werden dürfen, wenn der Nachweis der tatsächlichen Ausgaben vorliegt. Es wurden folgende neuen Spielregeln beschlossen: 1. Januar: Bundespokal-Wettbewerb. 2. Februar: Süddeutschland gegen Westdeutschland in Mannheim und Ostdeutschland gegen Mitteldeutschland in Berlin. 10. Mai: Deutsche Fußball-Meisterschaft; 17. Mai: Zwischenrunde der Deutschen Fußball-Meisterschaft; 14. Juni: Endspiel der Deutschen Fußball-Meisterschaft.

Sportpremiere in der Frankfurter Festhalle.

Die Frankfurter Festhalle feierte nach einer zweijährigen Pause die Wiedereröffnung mit einem vielversprechenden Sportspektakel. Die Begeisterung wuchs, als der Frankfurter Lokomotiv-Sportwart Wilhelm Christmann in ganz famoser Manier seine großen Gäste, die Weltmeister Möller und Sawall im Omnium-Match gegen den Frankfurter Fußballklub, so daß ihm ein klarer Sieg im Gesamtergebnis mit 10,3 Sekunden vor Sawall mit 7,5 und Möller mit 4,5 Punkten zufließt. Ergebnisse: Omnium-Match: 1. Christmann 10,3 Sek., 2. Sawall 10,4 Sekunden pro Runde. Flieger: 1. Christmann, 2. Sawall, 3. Möller, 4. Eg., 5. Juchacz. Runden-Punktesahren: 1. Christmann 9, 2. Möller 8, 3. Sawall 7,5, 4. Möller 4,5 Punkte. Flieger-Haupt: 1. van Gout, 2. Wülfel, 3. Eg., 4. Walthour, eine Länge. — 60 Runden-Punktesahren: 1. Schön 18, 2. Juchacz 15, 3. Juchacz 9, 4. Reiser 6 Punkte. Stunden-Runden-Punktesahren: 1. Preuß-Reiser, 30 Punkte, 44,480 Runden-Punkte, 21 P., 3. Schön-Routon 16 P. — Eine Stunde: 4. Allan-Wülfel 16 P., 5. Stübede-Wülfel 7 P. — 10 Runden-Punkte: 6. Geber-Roch 12 P. — Fünf Runden-Punkte: 7. van Gout-van der Gehen 15 P., 8. Kroll-Miethe 0 P., 9. van Gout-Rocher 0 P., 10. Carpus-Schäfer 0 P.

Sportneuigkeiten in Kürze.

Die weitere Gruppenmeisterschaft wurden am Sonntag in Süddeutschland in Eintracht Frankfurt (Gruppe Main) und H. Pirma (Gruppe Saar) ermittelt.

Die Völkerkämpfe der Damen zwischen Deutschland und England in Köln die deutschen Damen mit einem 3:2 (0:1) einen sehr schönen Erfolg davon.

1. FC. Nürnberg, der am Sonntag überraschend von Würzburg 2:1 geschlagen wurde, trägt am 14. Dezember in Leipzig gegen die Dresdener ein Freundschaftsspiel aus.

Die Sp. Tg. Fürth schlug am Sonntag in Regensburg vor 5000 Zuschauern eine Auswahlmannschaft des Gaues Mittelbair. überlegen mit 3:0 Treffern.

Primo Carnera brachte am Sonntag in Barcelona vor über 100 000 Zuschauern das Kunststück fertig, den spanischen Schwergewichtler Paolino über 15 Runden klar nach Punkten zu schlagen.

Die Berliner Eisarena im Sportpalast wurde mit einem Treffen zwischen dem Berliner Schlittschuhklub und dem Wiener Eislaufverein eröffnet. Die Mannschaften trennten sich nach enttäuschendem Spiel mit einem Unentschieden von 2:2.

Der Schwimm-Stadtkampf Wiesbaden—Frankfurt endete mit einem überlegenen Siege der Frankfurter von 8:0 Punkten.

In Stuttgart tritt am nächsten Samstag und Sonntag der Vorstand des Süddeutschen Fußball- und Leichtathletik-Verbandes zusammen, um sich in erster Linie mit den Fragen der Spesen-Zahlungen an die Spieler und des Spielsystems zu befassen.

In den Staffelläufen zwischen den Universitätsmannschaften von Oxford und Cambridge siegten die Vertreter von Cambridge mit 3:2 Punkten.

Das Zusammentreffen der beiden führenden süddeutschen Freizeitsportmannschaften FC. 80 Frankfurt und Heidelberger FC. endete in Frankfurt mit einem 2:1-Sieg von Heidelberg.

Rhön-Regelflug-Wettbewerb 1930.

In dem Bericht über den diesjährigen 11. Rhön-Regelflug-Wettbewerb heißt es u. a.:

Den von Jahr zu Jahr gesteigerten Leistungen entsprach es, daß die Ausschreibung des 11. Rhön-Regelflug-Wettbewerbs noch schwere Anforderungen an das Können der Piloten stellte. War 1929 im Regelflugwettbewerb für Gewinnung des Fernziel-Regelflugpreises eine Mindeststrecke von 60 Kilometern verlangt worden, so forderte die Ausschreibung des Jahres 1930 mindestens 75 Kilometer. Der Fernziel-Regelflugpreis nach dem Kreuzberg und zurück — in der Luftlinie etwa 15 Kilometer Entfernung — bedeutete gegenüber dem letztjährigen Fernziel-Regelflug, bei dem die Piloten sich selbst ein ihnen günstig erscheinendes Ziel auswählen konnten, eine beträchtliche Erhöhung. Der Streckenforschungspreis in Richtung Fulda, also nach Westen, war eine sehr schwierige, nur unter besonders günstigen Wetterverhältnissen lösbare Aufgabe. Im Regelflugwettbewerb wurde für die Wertung im Preis um die größte Höhenstrecke die geforderte Mindesthöhe von 60 auf 100 Meter heraufgesetzt. Neu aufgenommen wurde ein Schleifenflug mit mindestens fünf Kilometern Durchmesser für die Uebungsflieger, eine Forderung, die für die weniger geübten Piloten keine leichte Aufgabe darstellte.

Im übrigen entsprach die Ausschreibung 1930 ihrer Vorgängerin von 1929. Der Rhön-Wettbewerb dauerte vom 9. bis 24. August. Es lagen 42 Anmeldungen vor; zum Wettbewerb erschienen 32 der gemeldeten Piloten. Auf die Abhaltung von Schulungs- und Wettbewerbsflügen mußte die Rhön-Rositten-Gesellschaft in diesem Jahre Verzicht leisten.

Die Witterungsverhältnisse waren wenig günstig. Trotzdem wurden am 15. August bei Sturm, der bis zu 30 Sekundenmeter anstieg, Flüge mit glücklicher Landung ausgeführt. Hieraus ist zu ersehen, auf welcher hohen Stufe heute das Fluggerät und das Können der Piloten selbst stehen. Ueber die Einzelleistungen wird u. a. folgendes festgestellt:

Die größte erzielte Höhe betrug 1640 Meter (Wedaun). Die längste Flugdauer war 8 Stunden 37 Minuten (Füssen). Im Streckenflug wurden 161,3 Kilometer erreicht (Kronfeld). Der eingangs erwähnte schwierige Fernziel-Regelflug wurde zweimal erfolgreich geflogen (Kronfeld, Groenhoff). Der Schleifenflugwettbewerb wurde ebenfalls zweimal gewonnen (Stark, Wedaun). Während des Wettbewerbs konnten 6 C-Prüfungen abgelegt werden.

Aus Stephensons Anfängen.

Wenn man heute die staunenswerte Entwicklung auf den jüngsten Gebieten der Technik, des Starkstromwesens, des Turbinenbaues, der Radiotechnik überblickt, muß man sich wundern, daß die Konstruktion der ersten Lokomotiven in ihren wichtigsten Einzelheiten lange Zeit hindurch nicht überholt und verbessert wurde. Diese waren schon in der ersten, wirklich dem Verkehr dienenden Lokomotive des genialen Engländers Georg Stephenson aufzufinden.

Allerdings hatte es Vorgänger aller Art gegeben. In Gruben verkehrten primitive Dampfgerüste, die man auch auf englischen Landstraßen sah. Trevithick erbaute 1803 eine solche Lokomotive, die bei Cardiff Lasten von 25 Tonnen zog; später eine solche, die 30 Kilometer in der Stunde lief, doch gerieten diese Erfindungen bald in Vergessenheit. Eine groteske Idee aus dieser Zeit war, die Lokomotive mit einem beweglichen Fuß zu versehen, der, hinten sich anstemmend, die Maschine vorwärtschob. Die ersten, für den Massenverkehr brauchbaren Maschinen schuf Stephenson. 1781 in einem Dorf von Northumberland geboren, war er so arm, daß er nicht einmal lesen und schreiben lernen konnte. In seiner Jugend mußte er in Bergwerken die niedrigsten Dienste bei Kesseln und Dampfmaschinen verrichten, arbeitete sich aber langsam zum Maschinenwärter, Meister und Ingenieur empor. Erst



Polarforscher Otto Sverdrup.

Der weltberühmte norwegische Polarforscher Otto Sverdrup ist im Alter von 66 Jahren in Oslo gestorben. Er entdeckte in den Jahren 1898—1902 die nach ihm benannten Inseln westlich von Grönland und war bei der großen Nansen-Expedition 1893—1896 Kapitän der berühmten „Fram“.

die Kohlengrube in Killingworth stellte er die erste Lokomotive „Mylord“ her und verbesserte auch damals (1814) die Gleiskonstruktion und stellte für den Eisenbahnbau grundlegende Untersuchungen an. Obwohl in dieser Grube immer mehr Maschinen eingesetzt wurden, blieb dies im ganzen Land fast unbekannt. Erst 1825 hatte er Gelegenheit, sein Können bei einer größeren Aufgabe zu erweisen. Zwischen Stockton und Darlington wurde eine kleine Bahn mit Hilfe der Lokomotive „Locomotion“ gezogen. Da aber ein Teil der Strecke sehr steil war, mußten die Wagen von einer auf dem Berg aufgestellten ortsfesten Maschine emporgezogen werden; auch wurde die Strecke abwechselnd von Pferdewagen auf Schienen befahren.

Der erste größere Bahnbau verband Liverpool, den großen Hafenplatz, mit Manchester, wohn aus dem Hafen Baumwolle in großen Mengen befördert wurde. Diese Strecke bot die größten Schwierigkeiten. Es mußten von Stephenson, der in seinem Sohn Robert einen sehr begabten Helfer fand, 63 Brücken erbaut, Hügel in Einschnitten durchquert werden; das Schwierigste war aber die Aufschüttung eines Damms quer über das gefährliche Chat-Moor. Große Schwierigkeiten machten auch die Anrainer, die Schäden befürchteten, namentlich die Lords, die nach einer erregten Debatte im Parlament den Gesetzentwurf für den Bahnbau in erster Lesung zu Fall brachten und ihren Widerstand erst nach Gewährung vieler Zugeständnisse materieller Art aufgaben. Zuerst wollte man die Bahn durch 19 ortsfeste Dampfmaschinen betreiben, gab aber dann diesen absurden Plan auf.

Am 20. April 1825 wurde ein Preis von 500 Pfund für eine geeignete Lokomotive ausgeschrieben. Die Bedingungen waren: Sie mußte den Rauch verzehren, bei einem Höchstdruck des Dampfes von 3,5 Atmosphären einen Zug von 20 Tonnen mit einer Stunden-Geschwindigkeit von 16 Kilometern ziehen, durfte nicht über 6 Tonnen wiegen, nicht mehr als 550 Pfund kosten und gewissen konstruktiven Bedingungen genügen. Stephenson und sein Sohn bauten nun für diese Konkurrenz die so berühmt gewordene Lokomotive „Rocket“ (Rakete), die nach dem Vorschlag eines Laien, P. Booth, einen Kessel mit Flammrohren hatte, und in der der Luftzug durch das vom Auspuffdampf gespeiste Blasrohr angefaßt werden konnte. Alle späteren Konstruktionen unterwerfen sich nicht wesentlich von dieser grundlegenden.

Die Prüfer waren die Herren Rastick, Kennedy und Wood, die Prüfungsstrecke lag bei Rainhill, eine ebene Strecke von 35 Kilometern. Es hatten sich vier Konstrukteure gemeldet. Ihre Maschinen hießen: Rakete, die Reueheit, die Unvergleichliche, die Ausdauer. Eine fünfte war aber abgelehnt worden, da sie durch ein auf einer Plattform aufgestelltes Pferd bewegt wurde. Aber auch die „Ausdauer“ schied vorher aus, da sie die vorgeschriebene Geschwindigkeit nicht erreichte. Am 6. Oktober 1825 zeigte die „Rakete“ schon ihr volles Können. Sie wog mit Wasserlast vier Tonnen und mußte zwölf Tonnen Last ziehen. Zum Anheben auf 3,5 Atmosphären brauchte man 57 Minuten.

Polnische „Kultur“ in Oberschlesien.

Bekämpfung der deutschen Volksbücherei in Schlesien.

Gegen 2 Uhr früh in der Nacht vor dem Wahlsonntag erschien eine Horde von Aufständischen, etwa sechs bis sieben, von denen sogar einer in voller Uniform, die anderen in ihren typischen Mägen auftraten, vor der deutschen Volksbücherei in Schlesien-grube. Sie versuchten zunächst die Türen zu erbrechen; da ihnen dies aber nicht gelang, zerstörten sie das durch ein Drahtgitter geschützte Fenster, zerklüfteten sieben Fensterscheiben und drangen so in den Raum ein. Der gesamte augenblicklich vorhandene Bücherbestand von etwa 850 Exemplaren wurde aus den Regalen gerissen, zerlegt und draußen in den Hof geworfen und zertrampelt, Bänke und Regale wurden zermettert, die gesamte Kartothek zerstört. Die Umwohnenden wurden durch eine Wache verhindert, die Polizei und die Büchereileiter zu benachrichtigen. Beobachtet wurden mit Steinen und Bälkern beworfen. Bis nach Lipine wurden die Bücher zerstreut. Ein Doppelpolizeiposten, der ungefähr 200 Meter von der Bücherei entfernt war, wagte nicht, gegen die Ein-

brecher vorzugehen. Etwa um 8 Uhr früh erschienen einige Arbeiter der Gemeinde, die die im Schmutz liegenden restlichen Häuser mit Schaufeln und Mistgabeln auf einen Karren luden und fortführten. Die Bande ließ außerdem zwei Aktentaschen, von denen eine mit Werkzeugen im Werte von 200 Mark gefüllt war, sowie einen Stiefel, Jacke und Hose des Bäckereileiters Mangel mitgehen. Nach diesem Werte wurden die Regale, Bänke und Wandtische durcheinandergeworfen und der Eingang so versperrt, daß sich Bäckereileiter und Polizei mühsam Eingang verschaffen mußten.

Welt und Wissen.

Die landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen.

Die in Deutschland durchgeführten landwirtschaftlichen Zwangsversteigerungen (ohne Grundstücke unter 2 Hektar) ergaben im ersten Vierteljahre 1928 eine Fläche von 9396 Hektar, im ersten Vierteljahre 1929 bereits 11709 Hektar. Im ersten Vierteljahre 1930 aber hat sich die Fläche im Vergleich zum Vorjahre mehr als verdreifacht und ist auf 37248 Hektar gestiegen. Für das zweite Vierteljahr 1930 liegen bisher nur Zahlen aus Preußen vor. Während im zweiten Quartal des Vorjahres in ganz Deutschland die Zahl der versteigerten Grundstücke eine Fläche von 18967 Hektar erreichte, ist in diesem Jahre im gleichen Zeitraum in Preußen allein die Fläche der zwangsversteigerten Grundstücke auf 30765 Hektar gestiegen!

Die Beitragserhöhung in der Invaliden-Versicherung.

Zu der Mitteilung über die Erhöhung der Beitragssätze zur Invalidenversicherung hat das Reichsarbeitsministerium sofort Stellung genommen. Nach dieser Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums wird im laufenden Jahr keine Beitragserhöhung mehr stattfinden. Man rechnet mit einem Defizit der Invalidenversicherung im Jahre 1931 mit 62 Millionen Mark. Neben einer Beitragserhöhung soll auch eine Umgestaltung des Klassensystems durch Aufbau besonderer Klassen erfolgen. Diese Vänderung ist von den Arbeitgebergewerkschaften aller Richtungen gefordert worden. Im Jahre 1929 betrug die Beitragseinnahme 1092 Millionen Mark, die Gesamteinnahme 1233,3 Millionen Mark. Die Ausgaben betrugen 930 Millionen Mark. Der Ueberschuß betrug also im Jahre 1929 303 Millionen Mark. Die Einnahmen für 1930 werden auf 1118 Millionen Mark, die Ausgaben auf 1077 Millionen Mark geschätzt, so daß der Ueberschuß nur noch 41 Millionen Mark im laufenden Jahre beträgt. Für das Jahr 1931 werden die Einnahmen auf 1100 Millionen geschätzt, während die Ausgaben mit 1162 Millionen Mark beziffert werden.

□ **Professor Einsteins Amerikareise.** Prof. Albert Einstein hat seine Reise nach Kalifornien angetreten, deren Ziel Pasadena ist. Sein Besuch gilt dem dortigen California Institute of Technology sowie dem unweit davon im Gebirge gelegenen Mount Wilson-Observatorium und einer Fühlungnahme mit den Geschlechtern dieser Institute, deren Einladung zu einem Gedanken- und Austausch Professor Einstein nunmehr Folge gibt. Die genannte Warte, die in 2000 Meter Höhe auf dem Mount Wilson liegt, kann sich des größten Spiegelteleskops rühmen.

□ **Raubmord auf der Eisenbahnstation.** Der 42 Jahre alte Bahnagent Johann Weinberger wurde in Hammel bei Augsburg im Dienstraum erschossen aufgefunden. Da Wertsachen und Kassenbestand fehlen, muß Weinberger einem Raubmord zum Opfer gefallen sein. Von den Tätern fehlt vorerst jede Spur. Weinberger hinterläßt außer seiner Ehefrau zwei unmündige Kinder. Die Tat dürfte zwischen 10 und 11 Uhr nachts in dem Augenblick geschehen sein, als Weinberger sich anschickte, nach Hause zu gehen. Die geraubte Summe dürfte kaum 10 bis 15 Mark betragen. Die Reichsbahndirektion hat auf die Ergreifung der Täter eine größere Belohnung ausgesetzt.

□ **Einen Holzstrebler vom Baum geschossen.** In einer Jungwaldung am Sandberg bei Steppach waren von Gendarmeriebeamten schon öfters Personen bemerkt worden, die im Verdacht standen, Wilderer zu sein oder Holzstrebler begangen zu haben. Als sich nun dieser Tage ein Gendarmeriebeamter abends gegen 7 Uhr wieder in dem Waldchen befand, kamen mehrere Gestalten auf ihn zu, die auf seinen Anruf nicht stillstanden und von denen er sich bedroht fühlen mußte. Der Beamte gab deshalb nach zweimaligem Anruf zwei Schreckschüsse ab, die in die Luft geschickt waren. Von einem dieser Schüsse ist ein Mann getroffen worden, den der Beamte nicht gesehen hatte und auch nicht gesehen haben konnte, da er auf einem Baum saß, wo er wahrscheinlich Aeste abgefragt hat. Er hat eine harmlose Fleischwunde im Oberschenkel davongetragen. Eine amtliche Schilderung des Vorfalls war, wie die „Augsburger Neuesten Nachrichten“ mitteilen, bisher noch nicht zu erlangen.

□ **Eisenbahnunfall infolge Auffahrens auf einen Prellbock.** Im Holztirchner Bahnhof in München ereignete sich ein Zugunfall. Der von Lenggries kommende Zug, der dicht mit Fahrgästen besetzt war, fuhr bei der Einfahrt langsam auf einen Prellbock auf. Durch den Anprall wurden 45 Personen, meist leicht, verletzt. Zwei der Verunglückten mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion erfolgte der Ausprall nur leicht. Es handelt sich um einen verschlebbaren Prellbock, der etwa 50 Zentimeter durch den Stoß verschoben wurde. Die Ursache des Unfalls ist noch vollkommen ungeklärt. Bei den Verletzten handelt es sich meistens um leichte Prellungen.

□ **Ein Aufruf der bayerischen Regierung.** Die bayerische Staatsregierung erließ einen Aufruf zur Linderung der Not in den Wintermonaten. Staat und Gemeinden, so heißt es in dem Aufruf u. a., könnten allein die Not nicht überwinden. Auch die Kräfte der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege reichen dazu nicht aus. Das Elend könne nur überwunden werden, wenn die Gesamtheit des Volkes zusammenstehe. Wer noch ein wenig auch bescheidenes Auskommen habe, sei verpflichtet, den Volksgenossen zu helfen, die sich in weniger glücklicher Lage befinden.

□ **Wachsender Fremdenverkehr in Heidelberg.** Nach den nunmehr vorliegenden Zahlen über den Fremdenverkehr der diesjährigen Saison (April bis einschl. Oktober) verzeichnet die Statistik eine Gesamtziffer von 197 883 gegenüber 185 893 im gleichen Abschnitt des Vorjahres. Davon waren 52 633 Ausländer (1929: 39 904), also rund 13 000 mehr als im letzten Jahr. Daraus ergibt sich, daß die diesjährige Zunahme an Besuchern nur in Ausländern bestand, ja genau gesehen ist die Zahl der deutschen Besucher Heidelbergs nahezu um 1000 zurückgegangen. Unter den Ausländern nehmen die Nordamerikaner mit 22 625 (1929: 17 398) den ersten Platz ein, die Engländer rangieren mit 11 110 (7975) an zweiter Stelle und die Holländer mit 5905 (4378) an dritter Stelle. Auffallend ist die rapide Zunahme der englischen Gäste; man spricht allgemein davon, daß Deutschland für den Engländer das von ihm wieder neuentdeckte Reiseland sei. So gesehen, ließe sich die diesjährige Zunahme dieser hier gern gesehenen Gäste erklären.

□ **Ein neuer Flugrekord.** Der französische Flieger Doret hat in einem Rundflug über Stamps den Weltrekord über 1000 Kilometer verbessert. Doret flog diese Strecke in 3:29:37 Stunden, also mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 286,227 Kilometer und verbesserte mithin den bisherigen Rekord des Tschechen Ralla, der für diese Strecke eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 275,269 Kilometer erreicht hatte.

Rasende Abnahme der Kinderzahl in Berlin

Die Statistik der letzten 50 Jahre gibt einen Einblick in das Absterben der Familie. 1927 wurden 1113 Ehen durch den Tod gelöst, die in den Jahren 1877 bis 1882 geschlossen waren. Ein Zehntel von ihnen war kinderlos, ein weiteres Zehntel hatte ein Kind, 132 hatten fünf und mehr, die übrigen zwei bis vier Kinder. In den Ehen, die in den 25 folgenden Jahren geschlossen wurden, überwoogen mehr und mehr die zwei Kinder, während man in den letzten 25 Jahren zum Einkindersystem überging. Von 2305 Ehen aus den Jahren 1903 bis 1906 war schon ein Fünftel kinderlos und ein Fünftel hatte ein Kind, nur 19 Familien hatten acht und mehr Kinder. Weiter waren von 1600 Ehen des Jahres 1918 40 Prozent, von 1742 Ehen aus der Zeit von 1922 bis 1927 über 50 Prozent kinderlos.

Nur zwei Müller...

Dem Ratschneider'schen Handbuch über den Reichstag von 1928 entnehmen wir, daß es unter den 577 Abgeordneten nur Herren Müller gibt, von denen einer Kanzler war, und nur Frau Mueller. Ferner gibt es nur einen Meier und Schmidt, aber es gibt sechs Meyer und fünf Schmidt. Man vier Becker und vier Koch, drei Simon und drei Dietrich, zwei Albrecht, Effer, Frank, Hartwig, Hergt (Minister und ein Landarbeiter), zwei Himler, Kling, Kr. Lang, Lehmann, Schiller, Schneider, Schreiber, Schulz, Schumann, Schwarz (zu denen noch ein Schwarz kommt), abgaben und einen bürgerlichen Ulrich und zwei Weber. Von den sind noch ein Deutschnationaler Graef und ein kommunistischer Graef, ein Hoffmann und ein Hofmann. Von den Schmidt gehören zwei zum Christlich-sozialen Volksblock, dieser nur 14 Abgeordnete hat, so machen die Schmidt ein Siebentel dieser Gruppe aus.

Das Urteil im Frenzel-Prozess.

Dramatische Szenen im Gerichtssaal.

Im Frenzel-Prozess wurde in der Berufungsinstanz Urteil gefällt. Frenzel wurde wegen Blutschande in Tate mit § 176 Abs. 3 entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts zu einem Jahr und zwei Monaten Zuchthaus sowie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt.

Eine Reihe langwieriger und nervenzermürbender Verhandlungen gingen dem Urteil im Frenzel-Prozess, das den Angeklagten bis ins Innerste erschütterte, voraus. Der Angeklagte Frenzel und seine Sekretärin Frau Bell wurden vor Urteilsverkündung auf Anordnung des Vorsitzenden unaufgefordert Wachen unterstellt. Nachdem längere Zeit verstrichen war, wurde Frenzel von einem Justizwachmeister in das Verhörzimmer des Gerichts geführt, wo er vom Vorsitzenden auf Urteilspruch vorbereitet wurde. Nach einigen Minuten Frenzel, der sich nur mühsam aufrechterhalten konnte, mit blaßem Gesicht wieder zurück und ahnte bereits die Schärfe des Urteils. Frenzel hat um ein Glas Wasser, das ihm vom Justizwachmeister unter Verufung einer Anordnung des Vorsitzenden verweigert wurde. Als dann das Gericht um 11 Uhr unter atomloser Spannung zur Verkündung des Urteils, richtete einer der Verteidiger Frenzels an den Vorsitzenden die Frage, ob der Angeklagte ein Glas Wasser trinken könnte, eine Frage, die der Vorsitzende Dr. He unter größter Bewegung aller Anwesenden verneinte. Der stehende verkündete darauf das bereits gemeldete Urteil. Der Gerichtsdirektor Hellwig gab dann eine Begründung des Urteils und beschäftigte sich zunächst mit Gertrud Frenzel, die nach Urteil des Sachverständigen Professor Kramer bei der Obachtung in einem besonderen Heim einen durchaus heilsamen Eindruck gemacht habe, und die nach dem Urteil des gleichen Sachverständigen keinesfalls eine hysterische psychopathische Persönlichkeit sei. Bei diesen Ausführungen Vorsitzenden rief der Angeklagte in höchster Erregung aus: „Das hat ja Professor Kramer ganz anders gesagt. Es kam zu einem äußerst heftigen Zusammenstoß zwischen Frenzel und dem Vorsitzenden. Frenzel rief: „Heucheln ruhig weiter, Herr Vorsitzender,“ worauf Dr. Hellwig den Angeklagten in höchster Erregung ansprach: „Wenn Sie sich nicht zusammennehmen, dann lasse ich Sie aus dem Saal entfernen.“ Zusammenfassend über Gertrud Frenzel im Vorsitzenden zu der Feststellung, daß nach Ansicht des Sachverständigen die Wahrheit der Aussagen der Gertrud kein Zweifel sei. Dafür spräche auch, daß Hilde und Gertrud ganz abhängig voneinander die gleichartigen Beschuldigungen erheben, und daß sogar Elfe nach glaubwürdigen Aussagen ihren Vater belastet habe.

Die Untersuchungshaft sei erneut verhängt worden, da gegen die hohen Strafe Fruchtverbot vorliege. Der Rechtsanwalt in Höhe von 6000 Mk. werde freigegeben, so Frenzel die Haft angetreten habe. Rechtsanwalt Dr. Blum erklärte, daß er gegen den Haftbeschluss des Gerichts Beschwerde beim Kammergericht einlegen werde.

Auf der Straße hatten sich etwa 1500 Personen angesammelt, die die Nachricht von der Verurteilung Frenzels lautem Jubeln aufnahmen. Die Polizei säuberte schließlich Bürgersteig und drängte die Menge ab.

5

7 Uhr abends

Februar

Roman von Paul Glemos

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[30]

Unmittelbar nach der Vernehmung Lammonds kamen die Andersen und Villy Behrens. Beide Damen hatten vor Erregung gerötete Wangen. Bei Villy Behrens fiel es Ikenbell weiter nicht auf. Er kannte ihre Lebhaftigkeit und wußte, daß ihr heller Teint der Spiegel ihrer Seele war; aber bei der Andersen frappte es ihn.

Sie hatte jetzt mehr Leben und Farbe im Gesicht als am Morgen, da sie um ihre Ehre kämpfte.

Im Laufe der Vernehmung freilich glaubte er zu begreifen, woher die sonderbare Aufregung der Andersen kam. Er hatte mit sich einen Kampf auszufechten, in dem der Verstand dem Impuls unterlag.

Zunächst wurde die Andersen vernommen. Gambichler war galanter zu den Damen als gewöhnlich. Er bot ihnen einen Stuhl an, und seine Fragen waren ebenso lebenswürdig, als seine Randbemerkungen heute mittag verb.

„Kannten Sie die Keese, Fräulein Andersen?“

Sie verneinte.

„Ich meine“, flüchte sie Gambichler auf, „ob Sie sie oberflächlich kannten. Sie war doch gleichzeitig mit Ihnen im Theresienbau inhaftiert. Haben Sie sie nicht hier und da einmal kurz gesprochen?“

„Nein!“ sagte die Andersen. „Ich kenne sie nicht.“ Mit Schaudern blickte sie in die Ecke, in der sie unter einem weißen Tuch die Leiche vermuten mußte. „Ich habe nie mit ihr zu tun gehabt. Ich weiß nicht einmal, wie sie aussieht.“

Und als ihr Gambichler die Photographie der Keese zeigte — vom Anblick der Toten wollte er sie verschonen —, behauptete sie entschieden:

„Ich kenne die Dame wirklich nicht.“

Gambichler forschte weiter:

„Von dem Brief, den die Verstorbene kurz vor dem Tode an Herrn Rechtsanwalt Ikenbell geschrieben hat, haben Sie Kenntnis?“

Sie nickte.

„Es ist der Verdacht geäußert worden, Fräulein Andersen, daß der Brief auf Ihre Veranlassung geschrieben wurde.“

Sie sah ihn erstaunt und entrüstet an.

„Was soll das heißen?“

„Es ist der Verdacht geäußert worden, sagen wir, daß Sie diesen Brief bestellt haben, daß Sie Fräulein Keese eine Belohnung für Abfassung dieses Briefes versprochen haben.“

Sie schüttelte den Kopf, und ihre Züge betamen wieder jene steinerne Ruhe, durch die sie heute morgen so frappt hatte.

„Ist am Ende auch der Verdacht geäußert worden, daß ich die Keese ermordet hätte?“ fragte sie mit weicher Bitterkeit.

„Der Verdacht ist allerdings ausgesprochen worden“, erwiderte Gambichler lebenswürdig. „Aber es wird Ihnen eine Kleinigkeit sein, ihn zu zerstreuen. Der Mord fand nämlich zwischen fünf und sechs Uhr statt, und wenn Sie für diese Zeit ein Alibi haben, dann kommen Sie als Mörderin von vornherein nicht in Betracht, ohne daß überhaupt noch andere Untersuchungen angestellt werden müssen.“

Es schien Ikenbell, als ob sie wieder erröte. „Ich habe für den ganzen Nachmittag, vom Schluß der Gerichtsverhandlung an bis zur Stunde, wo Sie mich durch einen Schutzmann holen ließen, ein einwandfreies Alibi. Ich war nach der Gerichtsverhandlung zunächst im „Lohengrin“. Das weiß ja Herr Rechtsanwalt Ikenbell, und vom „Lohengrin“ aus begab ich mich in die Wohnung meiner Freundin, Fräulein Behrens.“

Villy Behrens nickte zustimmend.

„Um wieviel Uhr etwa waren Sie in der Wohnung von Fräulein Behrens?“ fragte Gambichler.

„Ich denke, so um fünf Uhr. Und dann blieb ich mit

Fräulein Behrens zusammen in ihrer Wohnung.“

Ikenbell erhob lausend den Kopf.

Gambichler fragte weiter:

„Und Sie haben die Wohnung des Fräulein Behrens bestimmt nicht verlassen, von fünf Uhr bis jetzt?“

„Wir waren beide zusammen ständig in der Wohnung“, erklärte Fräulein Andersen und blickte zu Villy Behrens, die diese Behauptung durch kräftiges Kopfnicken unterstützte.

Ikenbell war wie vom Schlage gerührt. Er wußte, daß die Angaben der Andersen unmöglich wahr sein konnten, denn gegen sechs Uhr hatte er ja in der Wohnung des Behrens vorgesprochen und eine halbe Stunde vergeblich auf die Damen gewartet.

So erstaunt war er über diese unzweifelhafte Züge der Andersen, daß er nicht fähig war, einen Entschluß zu fassen und apathisch Gambichlers Vernehmung zuhörte.

„Wenn dem so ist“, erklärte der Hammer, „ist die Sache für Sie sehr einfach. Die Sophienstraße ist von der Baumstraße eine halbe Stunde entfernt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß Sie zwischen fünf und sechs Uhr hier gewesen sein können, wenn Sie um fünf Uhr bereits in der Wohnung von Fräulein Behrens waren?“

Gründlich, wie der Hammer war, ließ er sich aber von der Behauptung der Andersen durch Villy Behrens bestätigen. Ikenbell mußte es erleben, daß Villy Behrens die Züge ihrer Freundin rückhaltlos bestätigte.

Zatwohl, sie sei den ganzen Nachmittag mit Viola Andersen zusammen in ihrer Wohnung gewesen, nachdem sie sich von Rechtsanwalt Ikenbell verabschiedete, den sie zum Justizpalast begleitet hatte. Es sei völlig ausgeschlossen, daß Viola Andersen in der Baumstraße gewesen sei. Die beiden Damen seien ununterbrochen zusammen gewesen und zwar ständig in der Behrens'schen Wohnung.

Während sie erzählte, wanderte ihr Blick wiederholt zu Ikenbell, mit dem sie ein süßes Geheimnis zu teilen meinte. Aber Ikenbell vermochte nicht ihrem Blick zu folgen; es war ihm elend zumute.

(Fortf. folgt)